



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 24.04.2026 bis 01.05.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Armenien: 111 Jahre Völkermord - Vertreter rufen zu klarer Haltung auf	3
Armenien: Regierungspartei veröffentlicht kirchenfeindliches Wahlprogramm	5
Bergkarabach: Kathedrale und Kirche zerstört	6
Deutschland: Antisemitismus verbindet Islamisten und Linksextreme	7
Deutschland: Kopten übernehmen eine katholische Kirche in Münster	8
Deutschland: Methodisten beenden nach 100 Jahren ihre Zeltmission	9
Indien: Ultimatum - Christen sollen zum Hinduismus zurückkehren	10
Israel: Arabischer Christ wird erster Sondergesandter für christliche Welt	11
Nigeria: 23 Kinder aus einem Waisenhaus in Lokoja entführt	12
Pakistan: Eine christliche Familie kämpft um Gerechtigkeit für ihre Tochter	13
Russland: Bitte beten Sie für Kinderchor Nachwuchs	14
Russland: Prediger tot im Gefängnis aufgefunden	15
Somalia: Dürre, Piraterie und politische Spannungen	16
Südsudan: Das ungeklärte Verschwinden vom 27. April 2024	17

Armenien: 111 Jahre Völkermord - Vertreter rufen zu klarer Haltung auf

CSI-Präsident bemängelt internationale Zurückhaltung im Bergkarachkonflikt

Frankfurt am Main (IDEA) – Der Geist des Völkermords an den Armeniern lebt fort und bedroht heute die Republik Armenien. Davor warnten der internationale Präsident von Christian Solidarity International (CSI), John Eibner, und der Vorsitzende des Zentralrats der Armenier in Deutschland, Jonathan Spangenberg, am 25. April in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Sie sprachen bei der zentralen Gedenkveranstaltung anlässlich des 111. Jahrestages des Völkermords an den Armeniern. Eibner und Spangenberg erinnerten an die mehr als eine Million armenischer Christen, die im Osmanischen Reich ab dem 24. April 1915 ermordet, vertrieben oder zum Übertritt zum Islam gezwungen wurden. Sie riefen in ihren Beiträgen – sie liegen der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA schriftlich vor – dazu auf, die Opfer nicht zu vergessen, und forderten politische Konsequenzen angesichts der aktuellen Lage in Armenien.

Eibner: Kein Fossil der Geschichte

Eibner zufolge ist der Völkermord an den Armeniern „nicht einfach ein Ereignis, das versteinert und zu einem Fossil der Geschichte geworden ist“. Das Verbrechen sei in einem osmanisch-türkischen Kalifat geschehen, das offiziell einen Dschihad ausgerufen hatte. Auch nach 1915 sei es immer wieder zu Pogromen gegen Armenier gekommen. Jüngster Höhepunkt sei der militärische Angriff Aserbaidschans auf Bergkarabach im Jahr 2023 nach neunmonatiger Blockade gewesen – ein Akt, den der frühere Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo, als Genozid eingestufte. „Die Schande, dass ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geschehen konnte, wird noch vertieft durch die bewusste Untätigkeit ihrer Mitgliedstaaten“, betonte Eibner.

„Wunden des armenischen Volkes werden leichtfertig behandelt“

Hinter diesen Verbrechen stehe eine Ideologie, die „einen althergebrachten muslimischen Suprematismus osmanischer Prägung mit einem modernen pan-türkischen Ultranationalismus“ verbinde. Heute bedrohten die Türkei und Aserbaidschan gemeinsam die Republik Armenien mit Krieg. Ministerpräsident Nikol Paschinjan rechne bereits im kommenden September mit einem möglichen Kriegsausbruch. Dieser versuche, erneute Aggressionen abzuwenden, indem er öffentliche Diskussionen über die Vertreibung aus Bergkarabach unterbinde und die Unterstützung für die internationale Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern zurückfahre, kritisiert Eibner. So sei die Direktorin des Genozidmuseums, Edita Gzoyan, entlassen worden, weil sie den US-Vizepräsidenten J. D. Vance auch über die Lage in Bergkarabach informiert habe. Auch Vance selbst habe einen Tweet zum Gedenken an die Genozidopfer später wieder gelöscht. Eibner befürchtet, dass europäische Staats- und Regierungschefs beim EU-Armenien-Gipfel und dem Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) am 4. Mai in Jerewan den Völkermord und sein jüngstes Kapitel in Bergkarabach herunterspielen werden. Der Menschenrechtler verwies auf die Bibelstelle in Jeremia 6,14: „Und heilen den Schaden meines Volkes nur obenhin, indem sie sagen: ‚Friede! Friede!‘, und ist doch nicht Friede.“ Die Wunden des armenischen Volkes würden tatsächlich von den Mächtigen leichtfertig behandelt, während sie „Frieden, Frieden“ riefen, so Eibner. „Aber ein so schweres Leiden leichtfertig zu behandeln – das ist kein Rezept für dauerhaften Frieden.“

Spangenberg: „Wir dürfen nicht schweigen“

Spangenberg zitierte mahnend den Holocaustüberlebenden und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel: „Für die Toten und die Lebenden – müssen wir Zeugnis ablegen.“ Der türkische Staat erkenne den Völkermord bis heute nicht an. Diese Leugnung setze das Verbrechen auch nach 111 Jahren fort. Deutschland selbst habe den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten 2016 anerkannt. Damit habe der Bundestag ein klares Zeichen historischer Verantwortung gesetzt. Mit Blick auf die militärische Offensive Aserbaidschans gegen Bergkarabach und die Vertreibung der dort lebenden Armenier appellierte Spangenberg an Bundeskanzler Friedrich Merz, sich am 4. Mai für die Freilassung der armenischen Gefangenen, das Rückkehrrecht der Vertriebenen sowie den Schutz der dortigen armenischen Kulturgüter einzusetzen. Erst vor wenigen Tagen seien zwei Kirchen in Stepanakert dem Erdboden gleichgemacht worden: „Wenn das keine Politik systematischer Zerstörung ist – was ist es dann?“ Deutschland habe als Unterzeichnerstaat der UN-Völkermordkonvention die Pflicht zu handeln. Spangenberg forderte zudem, die Aufarbeitung des Genozids als festen Bestandteil schulischer, universitärer und politischer Bildung in Deutschland zu verankern. Die zentrale Gedenkveranstaltung in Frankfurt richteten der Zentralrat der Armenier in Deutschland und die Armenische Kirche in Deutschland aus. Laut Spangenberg nahmen an ihr 200 Personen teil. Befremden äußerte er darüber, dass die Frankfurter Bürgermeisterin und Dezernentin für Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Nargess Eskandari-Grünberg (Bündnis 90/Die Grünen), trotz schriftlicher Zusage nicht erschien.

Armenien: Regierungspartei veröffentlicht kirchenfeindliches Wahlprogramm

ICC Nachrichten & Berichte - Im Vorfeld der Wahlen im Juni hat die regierende Partei „Zivilvertrag“ in Armenien ein politisches Programm veröffentlicht, das die Absetzung des Katholikos aller Armenier fordert und einen politisch gelenkten Fahrplan für die Umstrukturierung der Armenisch-Apostolischen Kirche skizziert. Dieser beispiellose Schritt stellt laut Kritikern einen direkten Verstoß gegen die Verfassung des Landes und eine dramatische Eskalation der staatlichen Einmischung in religiöse Angelegenheiten dar.

Das Programm, das im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen veröffentlicht wurde, nennt als zehntes politisches Ziel die Absetzung des „de facto Oberhauptes“ der Armenisch-Apostolischen Heiligen Kirche, womit Katholikos Karekin II. gemeint ist. Bemerkenswert ist, dass das Dokument die Verwendung seines kirchlichen Titels vermeidet und stattdessen in herabwürdigenden Begriffen von ihm spricht, was Beobachtern zufolge ein Teil einer umfassenderen Strategie ist, sowohl das Amt als auch die Institution zu untergraben

Über den Führungswechsel hinaus schlägt das Parteiprogramm eine Reihe weitreichender Kirchenreformen vor, darunter die Ernennung eines Katholikos Locum Tenens, die Ausarbeitung einer neuen Kirchenverfassung und die letztendliche Wahl eines neuen Katholikos unter überarbeiteten Strukturen. Die vorgeschlagene Verfassung würde Mechanismen zur Finanzaufsicht und zur kirchlichen Disziplin einführen – Bereiche, die traditionell intern von der Kirche geregelt werden. Rechtsexperten und Verfechter der Religionsfreiheit warnen, dass solche Vorschläge eine direkte politische Einmischung in die interne Leitung einer religiösen Institution darstellen. Die armenische Verfassung erkennt sowohl die einzigartige Rolle der Armenisch-Apostolischen Kirche im nationalen Leben an als auch den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat.

Dieser doppelte Rahmen wird durch das Gesetz über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat aus dem Jahr 2007 weiter gestärkt, das das Recht der Kirche auf Selbstverwaltung ausdrücklich anerkennt. Kritiker argumentieren, dass jeder Versuch einer politischen Partei, Führungswechsel vorzugeben oder Strukturreformen durchzusetzen, gegen diese Schutzbestimmungen verstößt. Diese Entwicklung markiert den jüngsten Brennpunkt in einem anhaltenden Konflikt zwischen der Regierung von Premierminister Nikol Paschinjan und der Armenisch-Apostolischen Kirche. Im vergangenen Jahr haben die Spannungen erheblich zugenommen, wobei die Regierung in ihren Bemühungen, die Unabhängigkeit der Kirche einzuschränken, zunehmend feindselig auftrat.

Anfang dieses Jahres leiteten armenische Staatsanwälte ein Strafverfahren gegen Katholikos Karekin II. ein. Zusätzlich zu den strafrechtlichen Anklagen wurde dem Katholikos laut Rechtsanwalt Ara Zohrabyan auch ein Ausreiseverbot auferlegt. Der Zeitpunkt des Verbots fiel mit einer großen Versammlung armenischer Bischöfe zusammen, die in dieser Woche in Österreich stattfinden sollte, und hinderte den Katholikos daran, daran teilzunehmen, obwohl er in seiner kirchlichen Funktion das Oberhaupt der Apostolischen Kirche ist. Für viele Armenier geht es um mehr als nur rechtliche Belange. Mehr als 90 % der Bevölkerung identifizieren sich mit der Armenisch-Apostolischen Kirche, die seit langem als Eckpfeiler der nationalen Identität dient, insbesondere in Zeiten ausländischer Herrschaft und des Völkermords.

In der Vergangenheit wurden Versuche, politische Kontrolle über die Kirche auszuüben, mit externen Mächten in Verbindung gebracht, darunter die sowjetischen Behörden, die den Einfluss der Religion einschränken wollten. Kritiker warnen, dass die aktuellen Vorschläge an diese früheren Bemühungen erinnern, und äußern sich besorgt über die Zukunft der Religionsfreiheit im Land. Am besorgniserregendsten ist laut Analysten vielleicht die Art und Weise, wie die Politik in ein umfassenderes Wahlprogramm eingebettet ist. Da die kirchenbezogenen Maßnahmen nur einen Teil einer weitreichenden politischen Agenda bilden, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen befasst, erkennen die Wähler möglicherweise nicht in vollem Umfang deren Auswirkungen.

Sollte die Regierungspartei einen Wahlsieg erringen, könnte sie später ein öffentliches Mandat für die Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen beanspruchen, einschließlich Eingriffen in die Kirchenführung – trotz des Fehlens einer expliziten öffentlichen Debatte zu diesem Thema. Angesichts der bevorstehenden Wahlen in Armenien signalisiert die Einbeziehung solcher Maßnahmen einen potenziell tiefgreifenden Wandel für die demokratischen Institutionen des Landes und seine historische Kirche – einen Wandel, der die Grenzen zwischen politischer Autorität und religiöser Autonomie neu definieren könnte.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Bergkarabach: Kathedrale und Kirche zerstört

Die armenisch-orthodoxe Kirche beschuldigt Behörden in Aserbaidschan

Chankendi (IDEA) – In Bergkarabach sind eine armenisch-christliche Kathedrale und eine Kirche zerstört worden. Das zeigen am 26. April veröffentlichte Satellitenbilder der Sendeanstalt „Radio Free Europe/Radio Liberty“. Die Kathedrale steht in der Stadt Chankendi (armenisch: Stepanakert), der größten Stadt der Region Bergkarabach. Auch eine zweite bedeutende christliche Stätte, die St.-Jakobs-Kirche, sei zerstört worden. Berichte über die Zerstörung der Kathedrale waren Mitte April in armenischen Medien aufgetaucht, doch fehlten bis zuletzt aktuelle Bilder vom Standort. Der Bau des Gotteshauses hatte 2006 begonnen, geweiht wurde es 2019. Die Kathedrale sei der wichtigste Andachtsort der Stadt. Ihr Untergeschoss diene während der militärischen Auseinandersetzungen mit aserbaidsschanischen Streitkräften in den 2020er Jahren auch als Luftschutzbunker. Die St.-Jakobs-Kirche wurde 2007 fertiggestellt und von einem armenisch-amerikanischen Mäzen zum Gedenken an seinen verstorbenen Sohn finanziert. Die Oberhäupter der armenisch-orthodoxen Kirche warfen den Regierungsbehörden Aserbaidschans in einem Schreiben vom 23. April vor, „armenisch-christliche Heiligtümer“ gezielt ins Visier zu nehmen, um die „armenische Präsenz“ aus Bergkarabach „auszulöschen“. Auch die Kreuzsteine auf dem Gelände rund um die zerstörte St.-Jakobs-Kirche seien beseitigt worden.

Aserbaidschan: Regierung wehrt sich gegen Vorwürfe

Aus Baku kamen Dementis. Die aserbaidsschanische Parlamentsabgeordnete Elnare Akimova bezeichnete die Berichte über die Zerstörung der Kirchen am 22. April als „eine Provokation revanchistischer Kräfte“, die dem Ansehen Bakus schaden solle. Ihr Land habe „religiöse und historische Denkmäler auf seinem Territorium als staatliche Politik bewahrt“, so Akimova. Es habe „niemals die Absicht gehabt, religiöses Erbe zu zerstören“. Nach Angaben der christlichen Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI/ Maur im Kanton Zürich) unterliegen die Aktivitäten der Religionsgemeinschaften in Aserbaidschan strengen staatlichen Kontrollen. Die Religionsfreiheit sei eingeschränkt, und christliche Konvertiten würden von den Behörden schikaniert. Bergkarabach gehört völkerrechtlich zum muslimisch geprägten Aserbaidschan, die Bewohner waren aber mehrheitlich orthodoxe Armenier. Sie erklärten Anfang der 1990er Jahre ihre Unabhängigkeit und riefen die „Republik Bergkarabach“ aus (seit 2017 Republik Arzach). Im September 2023 hatte Aserbaidschan die alleinige Kontrolle über die Region übernommen, worauf rund 100.000 Armenier von dort nach Armenien geflohen sind.

Deutschland: Antisemitismus verbindet Islamisten und Linksextreme

Hessische Verfassungsschutz-Studie analysiert Proteste nach dem 7. Oktober 2023

Wiesbaden (IDEA) – Antisemitismus hat sich nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zu einem verbindenden Element zwischen Islamisten und Linksextremisten entwickelt. Das geht aus einer Studie des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz hervor, die am 27. April in Wiesbaden vorgestellt wurde. Das Amt untersuchte das propalästinensische Protestgeschehen in Hessen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 6. Februar 2024.

Anstieg antisemitischer Straftaten um 224 Prozent

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) sprach bei der Vorstellung von einer „besorgniserregenden Entwicklung“. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2025 für Hessen sei die Zahl antisemitischer Straftaten zwischen 2022 und 2025 von 107 auf 347 Fälle gestiegen – ein Plus von 224 Prozent. „Es beschämt mich zutiefst, was Jüdinnen und Juden 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland ertragen müssen“, so der Innenminister. Der Hamas-Angriff sei eine Zäsur gewesen, die auch in Deutschland und Europa ein Klima geschaffen habe, in dem antisemitische Ressentiments im öffentlichen Raum offen zutage träten.

Israelhass als „Brückennarrativ“

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Israelfeindlichkeit und antisemitische Erzählungen als sogenannte Brückennarrative zwischen deutschen und türkischen Linksextremisten, Anhängern säkularer palästinensischer Organisationen sowie islamistischen Gruppierungen wirken. Dies habe zu einer Annäherung und faktischen Zusammenarbeit antiimperialistischer Gruppen geführt. Gewalt gegen Juden werde verharmlost, gerechtfertigt oder sogar glorifiziert, indem der Überfall vom 7. Oktober als „gelungene Widerstandsaktion“ gefeiert werde. Israel werde zugleich im Narrativ eines „Völkermordes“ dämonisiert, während der Angriff auf das Land ausgeblendet werde. Im Islamismus werde der Hass auf Israel und auf jüdische Bürger stellenweise als religiöse Pflicht dargestellt. Gruppen wie „Realität Islam“ (RI) nutzten den Nahostkonflikt zur Verbreitung ihrer Ideologie und dämonisierten Israel als „Kindermörder“.

Linksextremisten stellen Israel als „Kolonialmacht“ dar

Im Linksextremismus verbänden Organisationen wie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und der Verein Palästina e.V. ihre antiimperialistische Ideologie mit israelfeindlichen Narrativen. Sie sprächen von einem „Genozid in Gaza“ und stellten Israel als „Kolonialmacht“ dar. Rechtsextremistische Akteure spielten im untersuchten Protestgeschehen keine Rolle, blieben aber durch die Verbreitung antisemitischer Vorurteile und Verschwörungsmymen weiterhin eine Gefahr. Die Studie verweist auf Parolen wie „Kindermörder Israel“, „From the river to the sea“ oder „Widerstand ist Völkerrecht“, die bei Demonstrationen, in Sozialen Medien und an Hochschulen skandiert würden. Antisemitismus sei kein isoliertes Phänomen mehr, sondern ein Querschnittsthema, das verschiedene extremistische Milieus verbinde. Er finde auch in der gesellschaftlichen „Mitte“ Anklang, wo er als vermeintlich legitime Israelkritik getarnt werde.

Deutschland: Kopten übernehmen eine katholische Kirche in Münster

Offizielle Übergabe ist für den 1. Oktober geplant

Münster (IDEA) – Die koptisch-orthodoxe Gemeinde in Münster übernimmt die katholische St.-Antonius-Kirche in Münster. Das teilte das Bistum Münster auf seiner Internetseite mit. Die entsprechenden Verträge sollen in den nächsten Wochen unterschrieben werden. Die Übergabe sei für den 1. Oktober geplant. Die katholische Kirchengemeinde St. Joseph Münster-Süd nutze bereits seit 2008 nur noch die Krypta des Gotteshauses für Gottesdienste. Für die Entscheidung sei ausschlaggebend gewesen, dass das denkmalgeschützte Gebäude auch künftig als Kirche genutzt werde. Die wachsende koptisch-orthodoxe Gemeinde nutze bisher eine andere katholische Kirche in der Stadt für ihre Gottesdienste. Dort gebe es aber keine Nebenräume für das Gemeindeleben. Zur St.-Antonius-Kirche gehören dagegen ein angrenzender Pfarrsaal, die Räume einer früheren Bücherei und weitere Gruppenräume. Die Krypta werde die katholische Kirchengemeinde nach der Übergabe „zurückmieten“ und dort weiterhin Gottesdienste feiern. Der Metropolit der Koptisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland, Generalbischof Anba Damian (Höxter), erklärte, durch die Übernahme öffne sich für die meist aus Ägypten stammenden Christen eine neue, lang ersehnte Perspektive. Er werde voraussichtlich im Mai einen eigenen Priester für die St.-Antonius-Kirche ernennen. Die koptische Kirche geht der Überlieferung zufolge auf eine Gründung des Apostels Markus etwa zwischen 50 und 60 n. Chr. zurück. Sie ist damit eine der ältesten Kirchen der Welt. Die Zahl der Kopten wird weltweit auf rund 15 Millionen geschätzt. Sie leben vor allem in Ägypten. In Deutschland liegt ihre Zahl bei rund 20.000.

Deutschland: Methodisten beenden nach 100 Jahren ihre Zeltmission

Als Gründe nennt die EmK sinkende Beteiligung und veränderte Erwartungen

Laichingen (IDEA) – Die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) in Deutschland stellt nach 100 Jahren ihre Zeltmission ein. Stattdessen richtet sie ihre missionarische Arbeit unter dem Namen „freiraum – Glaube geht raus“ neu aus, wie die Kirche mitteilte. Eine Übergangsfeier ist für den 1. und 2. Mai in Laichingen auf der Schwäbischen Alb geplant. „Der Name zeigt, dass Glaube hinausgeht zu den Orten, an denen Menschen leben, fragen und hoffen“, sagte der EmK-Sekretär für missionarischen Gemeindeaufbau in Deutschland, Bernd Schwenkschuster (Laichingen). Anders als bei der bisherigen Zeltmission stehe nicht mehr die Einladung zu einer Veranstaltung im Mittelpunkt, sondern die Begegnung im Alltag. Das neue Programm verstehe sich nicht als fertiges Konzept, sondern als Unterstützung für Gemeinden. Sie sollten ermutigt werden, eigene Formen der Missionsarbeit zu entwickeln, die zu ihrem Umfeld passten. Dazu zählten Begleitung, geistliche Impulse und kreative Aktionen im öffentlichen Raum.

Sinkende Beteiligung, höherer Aufwand

Der organisatorische Aufwand für Zeltevangelisationen sei in den vergangenen Jahren gewachsen, während die Beteiligung zurückgegangen sei, teilte die EmK mit. Als weiteren Grund nannte sie veränderte gesellschaftliche Erwartungen: Menschen suchten heute weniger Veranstaltungen als vielmehr persönliche Zugänge über zwischenmenschliche Beziehungen. Ihre großen Zelte verkaufte die EmK zum Jahresende 2025.

„Zeltmission ist besser als ihr Ruf“

Nach wie vor Chancen für diese Art der Mission sieht dagegen der Leiter der Arbeitsgemeinschaft Zeltmission und Vorsitzende des Evangelisationsteams, Jens Ulbricht (Königshain-Wiederau/Sachsen). „Zeltmission ist besser als ihr Ruf“, sagte er im vergangenen Dezember bei der Jahrestagung der Deutschen Evangelistenkonferenz in Rehe (Westerwald). Missionarische Veranstaltungen in einem Zelt seien in der Regel gut besucht. 2025 habe es in Deutschland 24 Zelteinätze gegeben. Zwischen zehn und 25 Prozent der Besucher seien „kirchenferne Menschen“. Immer wieder komme es vor, dass Besucher Christen werden. Zur Arbeitsgemeinschaft Zeltmission innerhalb der Deutschen Evangelistenkonferenz gehören neben dem Evangelisationsteam der Missionarische Dienst Bremen, die Barmer Zeltmission (Dillenburg) – ein Werk der freien Brüdergemeinden –, die Deutsche Indianer Pionier Mission (St. Johann) sowie die Zeltkirche der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Indien: Ultimatum - Christen sollen zum Hinduismus zurückkehren

Folgen sie der Aufforderung nicht, drohen ihn härtere Maßnahmen

Raipur (IDEA) – Im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh haben Führer mehrerer Stammesgemeinschaften Christen ein Ultimatum gestellt: Bis zum 30. April sollen sie zu ihrem „angestammten Glauben heimkehren“. Befolgt sie diese Forderung nicht freiwillig, drohten härtere Maßnahmen, so die Amtsträger. Das berichtet die indische Tageszeitung „Nai Duniya“. Die Aufforderung erfolgte demnach am 19. April bei einer Versammlung im Dorf Chhote Dongar. Gleichzeitig sollen die Beteiligten Ermittlungen gegen Kirchen in der Region gefordert haben. Die Polizei ist alarmiert, um „Verstöße gegen Recht und Gesetz“ zu verhindern.

Zwangskonversionen und Gewalt gegen Christen als wiederkehrendes Muster

In Indien kommt es immer wieder zu erzwungenen Konversionen zum Hinduismus, dem sogenannten „Ghar Wapsi“ (Heimkehr). So wurden im August 2024 im Bundesstaat Odisha rund 120 indigene Christen aus zwei Dörfern zum Glaubenswechsel gezwungen. In Chhattisgarh waren im Dezember 2022 innerhalb weniger Tage mehr als 1.000 Christen der Volksgruppe der Adivasi aus ihren [Dörfern vertrieben](#) worden. Laut dem Zentrum für Gesellschafts- und Säkularismusstudien (Mumbai) hatten die Täter die Vertriebenen zuvor aufgefordert zur Hindu-Religion zu konvertieren. Andernfalls müssten sie ihr Dorf verlassen oder hätten mit schlimmen Konsequenzen, sogar dem Tod, zu rechnen. In Indien ist seit Jahren eine Zunahme der Gewalt und Benachteiligung von Christen zu beobachten. Laut dem jüngsten Jahresbericht der Evangelischen Allianz in Indien kam es im Jahr 2025 zu insgesamt 747 Fällen von Feindseligkeit, Einschüchterung, Gewalt und Diskriminierung gegen Christen, davon alleine 27 dokumentierte Zwangskonversionen. Nach dem Bundesstaat Uttar Pradesh (217), lag Chhattisgarh auf Platz zwei mit den meisten christenfeindlichen Vorfällen (177). Von den etwa 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 74 Prozent Hindus, 13 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Der Rest gehört kleineren Religionsgemeinschaften an. Im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt Indien Platz zwölf der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Israel: Arabischer Christ wird erster Sondergesandter für christliche Welt

Außenminister Sa'ar will Beziehungen zu Christen weltweit vertiefen

Jerusalem (IDEA) – Israel hat einen arabischen Christen zum ersten Sondergesandten für die christliche Welt ernannt. Das gab das Außenministerium am 23. April bekannt. Außenminister Gideon Sa'ar berief den Diplomaten George Deek in diese neue Position. Er hat die Aufgabe, die Beziehungen Israels zu christlichen Gemeinschaften weltweit zu vertiefen. Deek war zuletzt israelischer Botschafter in Aserbaidschan und ist der erste christliche Botschafter, den Israel je entsandt hat. Der 42-Jährige gehört der arabisch-christlichen Gemeinschaft in Jaffa an. Sein Vater, Youssef Deek, war Vorsitzender der orthodox-christlichen Gemeinschaft in Jaffa und Israel, wie das Ministerium mitteilte.

ICEJ: Zeitgerechter und notwendiger Schritt

Die Ernennung erfolgt vor dem Hintergrund mehrerer Vorfälle, die das Verhältnis zur christlichen Welt belastet haben. „Der Staat Israel misst seinen Beziehungen zur christlichen Welt und zu seinen christlichen Freunden in aller Welt große Bedeutung bei“, erklärte Sa'ar auf der Internetseite des Ministeriums. Er zeigte sich überzeugt, dass Deek dazu beitragen werde, diese Beziehungen zu festigen. Wie der christliche Nachrichtendienst „israel heute“ berichtet, bezeichnete der Vizepräsident und Sprecher der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ), David Parsons, die Ernennung Deeks als zeitgerechten und notwendigen Schritt: „Angesichts des aktuellen Krieges und insbesondere der Ausbreitung des Antizionismus in christlichen Kreisen wird es definitiv helfen, einen israelisch-arabischen Christen zu haben, der weltweit die Wahrheit über Israels demokratische Werte vermittelt.“ Der ehemalige Direktor der Abteilung für Interreligiöse Angelegenheiten des Amerikanisch-Jüdischen Komitees, Rabbi David Rosen (Jerusalem), äußerte: „Ich hoffe, dass dies ein tieferes Verständnis der israelischen Regierung dafür einleitet, wie die Beziehungen zu den lokalen christlichen Gemeinschaften das internationale Ansehen sowohl des Staates Israel als auch das Wohlergehen jüdischer Gemeinden weltweit beeinflussen.“

Immer wieder in der Kritik

Israel war in der jüngeren Vergangenheit mehrfach aufgrund seines Umgangs mit Christen und christlichen Gemeinschaften in die Kritik geraten. So hatten Sicherheitskräfte etwa dem Lateinischen Patriarchen Pierbattista Pizzaballa und dem Kustos Francesco Ielpa am Palmsonntag (29. März) den Zugang zur Grabeskirche verwehrt. Als Begründung wurden kriegsbedingte Beschränkungen genannt. Nach internationalen Protesten ordnete Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an, Pizzaballa „vollen und sofortigen Zugang“ zur Kirche zu gewähren. Am 19. April erschien ein Foto in den sozialen Medien: Es zeigt einen Soldaten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF), wie er mit einem Vorschlaghammer eine Jesus-Figur in dem christlichen Dorf Debel im Südlibanon [zertrümmert](#). Der Vorfall löste weltweit massive Empörung aus. Netanjahu verurteilte die Zerstörung der Statue auf dem Nachrichtenkanal X (ehemals Twitter) „auf das Schärfste“. Kurz darauf wurden sowohl der Täter als auch der Urheber des Bildes jeweils zu 30 Tagen Militärhaft verurteilt.

Übergriffe auf Christen nehmen zu

In den vergangenen Monaten kam es überdies vermehrt zu Übergriffen extremistischer Siedler auf christliche Gemeinschaften im Westjordanland – wie etwa auf das christliche Dorf Taybeh – sowie in der Jerusalemer Altstadt. Die Zunahme solcher Vorfälle zeigt sich auch im [Jahresbericht](#) des „Rossing Zentrums für Bildung und Dialog“ (Jerusalem): Demnach soll es im Jahr 2025 insgesamt 155 dokumentierte Vorfälle gegeben haben. 61 davon waren körperliche Angriffe auf Christen wie etwa Anspucken, 52 Attacken auf kirchliches Eigentum, 28 Fälle von Belästigungen und 14 Verunstaltungen öffentlicher Schilder mit christlichen Inhalten. [2024](#) meldete die Organisation noch 111 Übergriffe. Von den 10,2 Millionen Einwohnern Israels sind laut jüngsten Angaben des israelischen Zentralbüros für Statistik (CBS) 1,9 Prozent Christen.

Nigeria: 23 Kinder aus einem Waisenhaus in Lokoja entführt

Lokoja (Fides) – Bislang hat sich niemand zu dem Angriff auf ein nigerianisches Waisenhaus bekannt, bei dem eine Gruppe bewaffneter Männer 23 Kinder entführte. Die Täter brachen am späten Sonntagabend (26. April), in die Einrichtung der „Dahallukitab Group of Schools“ in Lokoja, der Hauptstadt des Bundesstaates Kogi, ein und verschleppten die Kinder. Dies teilte der Pressesprecher der Regierung des Bundesstaates Kogi, Kingsley Fanwo, am Montag in einer von den nigerianischen Behörden veröffentlichten Erklärung mit. Der Regierungssprecher erklärte außerdem, dass dank des schnellen und koordinierten Eingreifens der Sicherheitskräfte 15 Kinder gerettet werden konnten, acht jedoch weiterhin vermisst werden. Auch die Ehefrau des Waisenhausbesitzers wurde entführt, heißt es in der Erklärung. „Intensive Operationen laufen, um die sichere Rückkehr der verbleibenden acht Opfer zu gewährleisten und die Verantwortlichen zu fassen“, so der Beamte. Er fügte hinzu, dass das Waisenhaus offenbar „illegal“ und ohne Wissen der zuständigen Behörden und Sicherheitskräfte an einem abgelegenen Ort betrieben wurde.

Nigeria wird von zahlreichen Konflikten geplagt, von den langjährigen und gewaltsamen Angriffen der bewaffneten Gruppe Boko Haram über Bandenkriminalität und Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Hirten bis hin zu Separatisten im Südosten. Die mit dem IS nahestehende Lakurawa-Gruppe ist ebenfalls in Gemeinden im Nordwesten des Landes, an der Grenze zu Niger, aktiv. Massenentführungen sind in Afrikas bevölkerungsreichstem Land, insbesondere in ländlichen Gebieten mit geringer staatlicher Präsenz, zu einer gängigen Methode für kriminelle Banden und bewaffnete Gruppen geworden, sich schnell zu bereichern. Im zentralen Norden Nigerias, wo sich auch der Bundesstaat Kogi befindet, kam es in den letzten Monaten bereits zu mehreren gewaltsamen Angriffen, darunter auch Schulüberfällen, von denen einige bewaffneten Gruppen zugeschrieben werden. Zu den Präzedenzfällen zählen die Entführung von vierundzwanzig Mädchen am 17. November 2025 im Schlafsaal einer Sekundarschule im Bundesstaat Kebbi im Nordwesten Nigerias sowie die Entführung von Hunderten von Schülern und Lehrern der katholischen St. Mary Grund- und Sekundarschule in der Gemeinde Papiri im Bundesstaat Niger im zentralen Norden Nigerias.

Auch im Januar 2026 stellen Entführungen im Norden und Zentrum des Landes weiterhin eine große Sicherheitsbedrohung dar und gefährden das Recht einer ganzen Generation auf Bildung. Laut dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat die Angst vor Entführungen zur Schließung zahlreicher Schulen geführt, wodurch Millionen von Kindern in einer ohnehin schon gefährdeten Region keinen Zugang zu Bildung mehr haben.

(AP) (Fides 28/4/2026)

Pakistan: Eine christliche Familie kämpft um Gerechtigkeit für ihre Tochter

ICC-Nachrichten & Berichte - Adan Sabir, ein 19-jähriges christliches Mädchen aus Faisalabad, Pakistan, durchlebt einen Albtraum, den keine junge Frau jemals erleben sollte.

Obwohl sie vor Monaten rechtlich ihre Freiheit erlangt hat, halten sich sie und ihre Familie derzeit versteckt und sind auf der Flucht vor einem Mann, der sich weigert, das Gesetz anzuerkennen.

Die Probleme begannen am 3. Juli 2025, als ein Mann namens Usman Ali Sabir angeblich mit vorgehaltener Waffe entführte. Dies geschah, nachdem sie seinen Heiratsantrag bereits abgelehnt hatte. Um seine Spuren zu verwischen, legte Ali vor Gericht eine gefälschte Heiratsurkunde vor und behauptete, Sabir sei zum Islam konvertiert und habe ihn aus freiem Willen geheiratet.

Während der ersten Gerichtsverhandlung im August schwieg Sabir. Ihre Familie erklärte, dies liege nicht daran, dass sie zustimme, sondern daran, dass Ali gedroht habe, ihre Eltern und ihren Bruder zu töten, sollte sie sich gegen ihn aussprechen. Aufgrund dieses erzwungenen Schweigens erlaubte der Richter Ali, sie mit nach Hause zu nehmen.

Die Familie Sabir weigerte sich, nachzugeben. Sie legte im September 2025 Berufung beim Obersten Gerichtshof von Lahore ein. Nach Prüfung der Beweise für Drohungen und Nötigung ordnete der Oberste Gerichtshof schließlich an, Sabir zu ihrer Familie zurückzubringen. Im November 2025 nahm das Gericht einen Scheidungsantrag an, und es schien, als sei Sabir endlich in Sicherheit.

Leider hielt der Frieden nicht lange an.

Nachdem Sabir sich mit einem christlichen Mann verlobt hatte, begann Ali eine Terrorkampagne. Am 20. April soll er Schüsse auf das Haus der Familie in Jaranwala abgefeuert haben.

Seitdem zieht die Familie alle paar Tage von Ort zu Ort, um zu überleben. Sabirs Mutter, Afsan Sabir, sagte, das Trauma sei tiefgreifend.

„Adan schweigt den ganzen Tag, und nachts wacht sie zitternd auf und bittet uns, zu beten“, sagte sie. „Usman bedroht uns ständig und sagt, wenn er sie einmal mitgenommen hat, kann er sie wieder mitnehmen, und dieses Mal werde er sie nicht entkommen lassen.“

Die Familie sucht verzweifelt nach Hilfe. Sie möchte Anzeige wegen Cyber-Belästigung erstatten, da Ali digitale Mittel nutzt, um sie aufzuspüren und zu bedrohen, doch sie braucht Schutz und eine ordnungsgemäße polizeiliche Untersuchung, um weiter voranzukommen.

Zwangskonvertierung bleibt die grundlegendste Form der Verfolgung für Christen in Pakistan. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Fall Maria Shahbaz im vergangenen April ist die Zahl dieser Vorfälle stark angestiegen.

„Wir beten für den Schutz und die Sicherheit unserer christlichen Schwestern und Töchter“, sagte ein Mitarbeiter von International Christian Concern (ICC). „Wir beten für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Familie Sabir und viele andere – eine Gerechtigkeit, die denjenigen, die im Verborgenen leiden, Leben und Frieden zurückbringt.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Russland: Bitte beten Sie für Kinderchor Nachwuchs

(Licht im Osten) Eine Glaubensschwester, die Leiterin eines Kinderchores ist, konnte mit dem Kinderchor zu Weihnachten eine große Veranstaltung durchführen, zu der 800 Kinder und Erwachsene kamen. „Zudem besuchten wir mit dem Kinderchor ein Heim für Obdachlose, sangen dort Weihnachtslieder und verteilten Geschenke. Wir haben die Menschen dort letztes Jahr zum ersten Mal kennengelernt und sie im Laufe des Jahres immer wieder besucht und ihnen von Gott erzählt. Einige Geschwister aus unserer Gemeinde helfen den Mitarbeitern immer wieder bei der Pflege kranker und gebrechlicher Menschen. Wir beten, dass der Herr durch uns wirkt, die Herzen der Heimbewohner berührt und ihr Leben mit neuer Hoffnung erfüllt ... In unserer Stadt führten wir in verschiedenen Stadtteilen evangelistische Veranstaltungen für finanziell benachteiligte und kinderreiche Familien durch. In seiner Predigt sprach unser Pastor darüber, wie wertvoll jeder Mensch für unseren Herrn Jesus Christus ist. Danach kamen zwei Familien mit ihren Kindern zum Gottesdienst in unsere Gemeinde und in die Sonntagsschule. Gott sei Dank dafür.

> Ich bete beständig dafür, dass wir weiterhin die Möglichkeit haben, Menschen, die Gott nicht kennen, die Gute Nachricht zu bringen. Die Kinder im Kinderchor werden größer, sodass wir demnächst neue Kinder suchen müssen. Es ist schwierig, Kinder zu finden, die singen können und wollen und deren Eltern nichts dagegen haben. Ihnen das Singen beizubringen und eine freundliche Atmosphäre in der Gruppe zu schaffen, ist ebenfalls eine Herausforderung. Ohne Gebet ist das sehr schwierig und manchmal auch unmöglich. Bitte beten Sie für diesen Dienst. Da es ihn schon seit 30 Jahren gibt, denke ich, dass es dem Herrn wichtig ist, dass sein Wort durch die Stimmen der Kinder die Hörer erreicht.

> Bitte beten Sie, dass wir neue Kinder für den Kinderchor gewinnen.“

Russland: Prediger tot im Gefängnis aufgefunden

ICC-Nachrichten & Berichte - Ein Blogger und Prediger, im Internet bekannt als „Vegan Christ-Lover of God“, ist diesen Monat in russischer Haft verstorben. Der 43-jährige Khristolyub Bozhiy betrieb einen Blog und einen YouTube-Kanal, auf denen er über Religion, Veganismus und den Krieg in der Ukraine sprach und sich für Frieden statt Krieg einsetzte.

Der 43-jährige Blogger bezeichnete sich selbst als christlichen Aktivisten, Pazifisten und Prediger. Er sprach sich gegen den Islam aus und warb für die Rekrutierung von Gefangenen für den Krieg in der Ukraine.

Russische Behörden leiteten im November 2023 Ermittlungen ein. Im Februar 2025 verurteilte das Regionalgericht Woronesch Bozhiy wegen Beleidigung von Muslimen zu drei Jahren in einer Strafkolonie, und er wurde zu einer psychiatrischen Behandlung wegen Förderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus verurteilt.

Anfang April wurde Bozhiy in eine Untersuchungshaftanstalt verlegt und sofort in eine Isolationszelle gesteckt.

„Ich wurde gleich nach meiner Ankunft für fünf Tage in Einzelhaft gesteckt“, berichtete er Anfang dieses Monats. „Dann noch einmal 15 Tage, ohne jeden Grund.“

„Er hatte angespannte Beziehungen zur Verwaltung der IK-2“, sagte jemand aus seinem engen Umfeld. „Seinem Vater zufolge gab es auch einige Missverständnisse mit einigen seiner Zellengenossen.“

Bozhiy äußerte zudem die Vermutung, dass die Beamten beabsichtigten, ihn in Haft „verrotten zu lassen“.

Am 17. April erfuhr Bozhiys Vater, dass sein Sohn gestorben war, doch die Todesursache wurde ihm erst mitgeteilt, als er am 20. April aufgefordert wurde, die Leiche seines Sohnes abzuholen

An jenem Tag, als er im Büro des Ermittlers eintraf, wurde ihm mitgeteilt, dass sein Sohn in einer Einzelzelle erhängt aufgefunden worden war.

Bozhiy's Angehörige glauben nicht, dass sein Tod ein Selbstmord war. Nach Angaben der Familie hatte Bozhiy Anfang des Jahres unter Druck einen neuntägigen Hungerstreik durchgeführt und gedroht, dies bei erneuten Spannungen zu wiederholen.

Der Blogger ist der dritte pazifistische Häftling, der innerhalb des letzten Monats in russischer Haft gestorben ist, was den Verdacht aufkommen lässt, dass sein Tod nicht auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist. Ein Strafverfahren wegen Fahrlässigkeit gemäß Artikel 293 des russischen Strafgesetzbuches ist im Gange. SOTAvision, eine auf Telegram basierende Nachrichtenplattform, stellte fest, dass die Kameras in dem Bereich zum Zeitpunkt seines Todes möglicherweise nicht funktionierten.

In seinen Videos, Texten und öffentlichen Auftritten verband der Blogger seinen Glauben mit seinem Kampf für den Frieden. Bei seinem letzten Protest hielt Bozhiy ein Schild hoch, auf dem stand: „Jesus gebot, die Feinde zu lieben, nicht zu töten, denn Gott ist Liebe. Mörder erben das Reich Gottes nicht.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Somalia: Dürre, Piraterie und politische Spannungen

Humanitäre Lage verschärft sich

AFRIKA/SOMALIA - Dürre, Piraterie und politische Spannungen: Humanitäre Lage verschärft sich

Mogadischu (Fides) – Die Lage in Somalia bleibt fragil. Piraterie, die sich verschärfende humanitäre Krise und politische Spannungen stellen die größten Herausforderungen dar. Über sechs Millionen Somalier sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen (vgl. Fides 03/03/2026). Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) warnt, dass sich die Situation durch die regionalen Auswirkungen des Konflikts zwischen den USA und dem Iran sowie den fortschreitenden Klimawandel verschlimmert hat. Seit Jahresbeginn wurden mehr als 500.000 Menschen vertrieben, über 90 % davon aufgrund von Dürre. Hinzu kommen die 3,3 Millionen Somalier, die das Land bereits verlassen haben. Kinder sind besonders betroffen.

Die humanitäre Krise verschärft sich durch die Dürre, die Lebensgrundlagen, darunter Ernten, zerstört und Vieh getötet hat. Die gesamte Bevölkerung wartet dringend benötigte Hilfe, die aufgrund drastisch gekürzter Finanzmittel noch nicht eingetroffen ist. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sind in diesem Jahr lediglich 14 % der beantragten Mittel eingegangen. Das UN-Büro gibt an, Somalia sei aufgrund von Vorwürfen der Veruntreuung von Geldern, Korruption und der Zerstörung eines US-finanzierten Lagers des Welternährungsprogramms (WFP) in Somalia absichtlich von dem von den USA für dieses Jahr angekündigten globalen humanitären Hilfsprogramm in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar ausgeschlossen worden.

Zu dieser prekären Lage trägt auch das Phänomen Piraterie bei. Allein in den letzten Tagen wurden vor der Küste Somalias Fälle von Enterungen, Entführungen und Kaperungen großer Schiffe sowie Geiselnahmen von Seeleuten gemeldet. Die politische Instabilität hat sich durch die von der Oppositionskoalition abgelehnte und boykottierte Verabschiedung der neuen Verfassung durch das Parlament am 4. März weiter verschärft. Die neue Verfassung überarbeitet und ergänzt Übergangsverfassung von 2012. Die bedeutendste und umstrittenste Reform führte nach über einem halben Jahrhundert das allgemeine Wahlrecht ein, wodurch die Bürger erstmals ihre Parlamentsmitglieder wählen können. Bislang galt in Somalia ein auf Clans basierendes Wahlsystem. Clanmitglieder nominierten Abgeordnete und Senatoren, die wiederum das Staatsoberhaupt wählten.

Auch der Konflikt mit der Al-Shabaab-Miliz dauert an; die Gruppe kontrolliert weiterhin Gebiete und erhebt Steuern auf Wasser und Lebensmittel. Die politische Instabilität ist hoch, es bestehen anhaltende Spannungen zwischen der Bundesregierung und Mitgliedstaaten wie Puntland und Jubaland.
(AP) (Fides 29/4/2026)

Südsudan: Das ungeklärte Verschwinden vom 27. April 2024

Bischof Tombura-Yambio: "Das Verschwinden von Pfarrer Luke Yugue und seines Fahrers Michael Gbeko gleicht einer Wunde, die nicht heilen will"

Juba (Agenzia Fides) – Das „schmerzhaft und ungeklärte Verschwinden von Pater Luke Yugue und seinem Fahrer Michael Gbeko am 27. April 2024“ gleicht einer „Wunde, die nicht heilen will“, so Eduardo Hiiboro Kussala, Bischof von Tombura-Yambio im Südsudan, zum mysteriösen Verschwinden des jungen Priesters und seines Fahrers, die am 27. April 2024 spurlos verschwanden, nachdem sie den Bezirk Nagero mit ihrem Motorrad in Richtung Tombura im Bundesstaat Western Equatoria verlassen hatten.

Obwohl einen Monat nach ihrem Verschwinden ein Totengebet für den Priester und seinen Begleiter abgehalten wurde, ist die Frage nach ihrem Schicksal bis heute ungeklärt.

In einer kürzlich veröffentlichten Botschaft äußerte Bischof Kussala seine Hoffnung, „die Wahrheit über unsere vermissten Brüder und Schwestern, unsere vermissten Kinder zu erfahren und Gewissheit darüber zu erlangen“. „Die Zeit ist vergangen, doch die Fragen bleiben. Der Schmerz bleibt. Das Vermissten bleibt“, so der Bischof.

„Wir gedenken ihrer nicht nur mit Schmerz, sondern auch mit Glauben, Mut und einem unerschütterlichen Engagement für Wahrheit und Gerechtigkeit“, so der Bischof weiter. „Pfarrer Luke war ein Diener des Evangeliums, ein Hirte, der sich der Mission des Friedens, der Versöhnung und der Hoffnung in Christus verschrieben hatte. Michael Gbeko, sein Mitarbeiter, ging treu an seiner Seite“, bekräftigt Bischof Kussala und betont, dass die beiden Vermissten „nicht nur ihren Familien oder der Kirche gehörten. Sie gehörten uns allen. Ihr Verschwinden ist kein privater Verlust. Es ist eine nationale Wunde. Es ist eine moralische Prüfung für unsere Gesellschaft.“

In einer früheren Botschaft, die ein Jahr nach dem Verschwinden veröffentlicht wurde, erklärte der Bischof: „Wir suchen sie weiterhin nach ihnen; wir suchen weiterhin die Wahrheit; wir streben weiterhin nach Gerechtigkeit.“ Drei Ziele, das – so Bischof Kussala – „die ich heute mit noch größerer Dringlichkeit wiederhole“.

Der Bischof von Tombura-Yambio appelliert an die Regierung, an die er sich „mit seelsorgerlicher Verantwortung und moralischer Klarheit“ wendet, „ihrem Auftrag entsprechend zu handeln“, um „Gerechtigkeit zu schaffen und Frieden wiederherzustellen“. „Üben Sie eine Führung aus, die Ihres Volkes würdig ist. Autorität ist nicht nur Macht, sondern auch Verantwortung vor Gott und vor der Geschichte“, mahnt Bischof Kussala.

Das Verschwinden des jungen Priesters und seines Fahrers ist jedoch kein Einzelfall. „In unserem ganzen Land sind viele Menschen verschwunden. Viele Leben wurden leichtfertig ausgelöscht. Viele Familien trauern weiterhin im Stillen“, so der Bischof von Tombura-Yambio, der dazu aufruft, „eine Kultur zu schaffen, in der das Leben geschützt wird, in der niemand spurlos verschwindet, in der Gerechtigkeit nicht willkürlich ist und in der der Frieden auf der Wahrheit gründet.“

Die Botschaft schließt mit einem Beileidsbekundung für die Familien der Verschwundenen und der Ankündigung, dass die Messen im Bistum an den Jahrestagen ihres Verschwindens künftig „besondere Gebetsanliegen für Pater Luke Yugue und Michael Gbeko“ beinhalten werden.

(L.M.) (Fides 28/4/2026)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]